



Kreisverwaltung Teltow-Fläming • Am Nuthefließ 2 • 14943 Luckenwalde

Dezernat IV
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung / Kreisentwicklung
Dienstgebäude: Zinnaer Str. 34

Gemeindeverwaltung Nuthe-Urstromtal
Fachbereich III
Frau Schmidt
Frankenfelder Straße 10
14947 Nuthe-Urstromtal

Auskunft: Frau Schönberner
Zimmer: 1.OG R. 2
Telefon: 03371 608-4154
Telefax: 03371 608-9010
E-Mail: Marion.Schoenberner@teltow-flaeming.de *
Datum: 13. August 2024

Änderung des Gesamt-Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal

Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB¹

Beteiligung der Träger öB u. Nachbargemeinden	03.06.2024 bis 05.07.2024
(§ 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB)	
Fristablauf für die Stellungnahme	05.07.2024
Gewährte Fristverlängerung bis	09.08.2024 (telefonisch)
Übersendung der vorliegenden fachbehördlichen Stellungnahmen am	09.08.2024
noch offene Stellungnahmen angezeigt am	09.08.2024
Bitte um letztmalige Terminverlängerung bis	14.08.2024

Zur Erarbeitung der Stellungnahme lagen folgende Unterlagen vor:

1. Schreiben der Bruckbauer & Hennen GmbH, Schillerstraße 45, 14913 Jüterbog vom 03.06.2024, eingegangen per E-Mail am 03.06.2024
digitale Unterlagen über die Internetseite der Gemeinde Nuthe-Urstromtal
2. Entwurf der Planzeichnung der Änderung des Gesamt-Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal im Maßstab 1 : 32.000, (1 x in Papierfassung), Bearbeitungsstand: 20.03.2024
3. Vorentwurf der Begründung zur Änderung des Gesamt-Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal einschließlich Umweltbericht, Bearbeitungsstand: 20.03.2024
4. Abwägungsergebnis der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

¹ BauGB – Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist

* Die genannte E-Mail Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung

Öffnungszeiten:
Montag und Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr

Telefon: 03371 608-0
Telefax: 03371 608-9100
UST-IdNr.: DE162693698

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
Gläubiger-ID: DE 87 LTF 000 002 134 52
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE86 1605 0000 3633 0275 98

Einzelne Beratungsdienste haben andere Öffnungszeiten. Diese erfahren Sie über die Telefonzentrale oder im Internet.
Sie können Ihr Anliegen nach Absprache mit dem Mitarbeiter auch Mo, Di, Mi, Do bis 19:00 Uhr und Fr bis 16:00 Uhr in der Kreisverwaltung erledigen.

- a) Einwendung(en):
- b) Rechtsgrundlage(n):
- c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

- a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen
- b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

- a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen
- b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme

4. Weitergehende Hinweise

Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:

-

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Seitens des **Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung** (hier: **SG Kreisentwicklung**, Bereich Planungsgrundlagen/Bauleitplanung) ergeben im Zuge der Prüfung der Planunterlagen nachfolgende Anregungen und Hinweise:

Begründung

Den Darlegungen auf der S.11 zufolge ist Ziel der Änderung des FNP der Gemeinde Nuthe-Urstromtal u. a. die Anpassung der Ortsentwicklung an die Ziele der Landesplanung, die Überarbeitung der Gewerbe- und Industriestandorte und die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien. Der gewählte Titel der Planung „Änderung des ...“ verwirrt etwas, da die Änderung des FNP's einer Gemeinde vom Grundsatz her auf der Grundlage des wirksamen Planes erfolgt, die wiederum eine Gegenüberstellung / Nachvollziehbarkeit der wirksamen Darstellungen mit den geplanten bedingt; jeweils eingebunden in die wirksamen Darstellungen des Umgebungsbereichs. Aufgrund der vielschichtig beabsichtigten Überarbeitungen scheint es hierbei aber um keine Änderung, sondern vielmehr um eine komplette Neuaufstellung zu handeln, bei der es keiner Gegenüberstellung / Nachvollziehbarkeit bedarf, da sich die Gemeinde hinsichtlich verschiedenster Arten der Bodennutzung neu orientiert. Hierzu sollte eine Klarstellung erfolgen, die sich auch im Titel wiederfindet, da soweit ersichtlich im Rahmen dieses Verfahrens bisherige wirksame Änderungen in Teilbereichen und zurzeit noch im Verfahren befindliche partielle Änderungen integriert und insoweit mit dargestellt werden sollen. Anderenfalls wäre zu prüfen, ob nicht änderungsrelevante Darstellungen des FNP tatsächlich in ihrer wirksamen Fassung übernommen worden sind. Der Prüfaufwand hierfür wäre zudem erheblich.

Zur Einordnung der o. g. Planung in die übergeordnete Raumplanung (S. 14 bis 17) ergeben sich im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB nunmehr folgende Hinweise.

Einzelne Anregungen aus der früheren Beteiligung sind vorliegend bereits umgesetzt worden. Erneuert wird die Anregung, die beabsichtigten Änderungen im Bereich Wohnen im Einzelnen (und über die Tabelle 3 hinaus) kartografisch darzustellen. Dabei sollte erkennbar werden, inwieweit die Gemeinde die verbliebenen Wohnflächenentwicklungen im Rahmen der Innenentwicklung oder aber unter Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption/Wachstumsreserve verfolgt (vgl. Ziel Z 5.5 LEP HR²). Ebenfalls wird empfohlen darzustellen, auf welchen, von der Gemeinde ermittelten Bedarf hin die Wohnflächenentwicklung geplant wird.

Zum aktuellen Stand der Regionalplanung wird angemerkt, dass die Regionalversammlung Havelland-Fläming in ihrer Sitzung am 6. Juni 2024 den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 als Satzung beschlossen hat. Die Genehmigung des Plans sowie die Feststellung des Erreichens des Teilflächenziels nach WindBG³ zum Stichtag 31.12.2027 stehen aber noch aus.

Soweit im geänderten Gesamtflächennutzungsplan Kennzeichnungen / nachrichtliche Übernahmen zum Thema Hochwasserrisiko erfolgen, wird ergänzend auf die diesbezüglichen Anforderungen aus dem Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz⁴ verwiesen. Darin werden insbesondere Festlegungen zum Hochwasserrisikomanagement sowie zu Klimawandel und –anpassung getroffen. Hierzu sollte im weiteren Planungsverfahren eine entsprechende Auseinandersetzung erfolgen. Auf die Bindungswirkung gemäß § 4 Absätze 1 und 2 Raumordnungsgesetz (ROG) wird hingewiesen.

Zu den in der Tabelle 1 auf den Seiten 18/19 aufgelisteten rechtsverbindlichen Bebauungspläne und Satzungen ergeht nachfolgender Hinweis, der einer Auseinandersetzung/Überprüfung bedarf:

Bislang existiert kein Nachweis, dass die der Bekanntmachung des BP Jänickendorf Nr. 01 „Erdbeerstraße“ zugrundeliegende 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal wirksam bekannt gemacht wurde, was in der Folge zur fehlerhaften Bekanntmachung und damit zur schwebenden Unwirksamkeit des BP Erdbeerstraße führt. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die lt. Tabelle in Aufstellung befindliche 1. Änderung, die den „Ursprungs-BP Erdbeerstraße“ mit einer Gesamtgröße von 31 ha in Teilen (6,1 ha) überplanen/ändern soll. Seitens der Gemeinde besteht Kenntnis über die Sachlage. Ob der Bekanntmachungsmangel zwischenzeitlich geheilt wurde oder welcher Klärung die Gemeinde diesbezüglich entgegensieht, ist dem SG Kreisentwicklung nicht bekannt.

Auf der S. 26 der Begründung wird auf den vor 2009 in Kraft getretenen „derzeitig gültigen“ FNP Bezug genommen. § 6 Abs. 5 S. 2 BauGB folgend, sollte es „derzeitig wirksamer“ FNP heißen.

Plan

Einige Ausführungen aus der frühzeitigen Beteiligung konnten die Lesbarkeit der Planzeichnung inzwischen verbessern. Auch ergänzt die im Beteiligungsverfahren bereitgestellt digitale hochauflösende Planfassung die Lesbarkeit von Darstellungen deutlich. Im Hinblick auf die hier vorliegende Papierfassung des Planes erfolgt dies jedoch noch nicht hinreichend, da der verwendete Maßstab nach wie vor insbesondere in den Ortslagen die eindeutige Abgrenzung von Darstellungsinhalten erschwert. Deutlich wird dies insbesondere in den OL'en Lynow, Dümde, Gottow und Liebätz. Der Flächennutzungsplan ist als vorbereitender Bauleitplan nicht flurstückscharf. § 5 Abs. 1 BauGB folgend stellt er insoweit für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen dar. Dabei ist er, wie alle

² LEP HR - Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vom 29. April 2019 (GVBl.II/19, [Nr. 35])

³ WindBG - Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz) vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist

⁴ Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (Anlage zur Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz) vom 19. August 2021 (BGBl. I S. 3712)

Bauleitpläne, an die PlanZV⁵ gebunden, die in § 1 Abs. 1 u. a. besagt, dass die Maßstäbe so zu wählen sind, dass der Inhalt der Bauleitpläne eindeutig dargestellt oder festgesetzt werden kann.

Insoweit ist darauf zu verweisen, dass der Flächennutzungsplan u. a. „die Abgrenzung der unterschiedlich zu nutzenden Flächen in den Grundzügen, also die Hauptbauflächen zueinander und zu den von der Bebauung freizuhaltenden Flächen ... (enthalten muss)“⁶, was bedeutet, dass die genaue Abgrenzung der Flächen dem Bestimmtheitsgebot entsprechen muss. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass Darstellungsinhalte erzeugt werden, die möglicherweise nicht gewollt sind. Aus diesem Grund ist gleichfalls darauf hinzuweisen, dass der genehmigte und nach der Ausfertigung bekannt gemachte F-Plan der dann „wirksame“ ist und in dieser Form die Beurteilungsgrundlage als vorbereitender Bauleitplan darstellt, nicht die digitalisierte Planfassung. Das SG Kreisentwicklung hatte im Sinne der besseren Lesbarkeit des Planes die Verwendung von Bei-/Detailkarten der einzelnen Ortslagen angeregt. Der Abwägung zur frühzeitigen Beteiligung zufolge sollten diese im Rahmen der Vorlage dieses Entwurfs zur Verfügung gestellt werden. Sie lagen diesem jedoch nicht bei.

Erneut wird deshalb beispielhaft auf einige Darstellungsmängel hingewiesen.

In der Ortslage Dobbrikow ist die Abgrenzung zwischen der Wohnbaufläche und dem SO Wochenendhäuser aufgrund der ähnlich wirkenden farblichen Signaturen in hellerem rot und orange nur schwer zu unterscheiden. Auch in der Ortslage Lynow werden Abgrenzungen zwischen Grünflächen und gemischten Bauflächen nicht deutlich u. teilweise vom LSG-Verlauf und nachrichtlichen Übernahmen (BD) überlagert.

Bei den für die Art der baulichen Nutzung (Bauflächen) verwendeten Signaturen überdecken die Buchstaben für die jeweilige Signatur (zumeist „M“ und „W“) die Bauflächen teilweise, mitunter gänzlich. Verbesserungen sind zwar erkennbar, dennoch ist die tatsächliche Ausdehnung einiger Bauflächen noch immer nicht zweifelsfrei ersichtlich (z. B. Mischgebietsflächen in Gottow, Jänickendorf, Frankenförde und Kemnitz, nördliche Wohnbaufläche in Woltersdorf, westliche Wohnbaufläche in Felgentreu). Hingewiesen wird nochmals darauf, dass gemäß Pkt. 1 der Anlage zur PlanZV beim Flächennutzungsplan bei den Planzeichen für die Bauflächen der Nrn. 1.1 bis 1.4 bei farbiger Darstellung der Buchstabe entfallen kann. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass Zweckbestimmungssignaturen sowie Symbole für Einrichtungen und Anlagen so verwendet werden, dass Flächen und/oder Abgrenzungen von Flächen im Sinne der eindeutigen Bestimmtheit von Darstellungen nicht von diesen überdeckt werden. Soll auf die Signaturen sowie Symbole dennoch nicht verzichtet werden, kann diese auch neben der Fläche platziert und mit einer Verbindungslinie zur Baufläche versehen werden.

Wohnflächenentwicklung

Zur Nachvollziehbarkeit der deutlich reduzierten Wohnbauflächen im Hinblick auf die erforderliche Anpassung der Siedlungsflächenentwicklung in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal erfolgte im Anhang der Begründung eine Gegenüberstellung der Flächen des momentan wirksamen FNP mit denen des neu aufgestellten FNP. Ersichtlich ist auch, wo sich verfügbare Bauflächen innerhalb der Ortsteile einordnen. Dabei wird auf innerörtliche Flächen aus dem Baulückenkataster und bereits erschlossene aus dem wirksamen FNP abgestellt, die nicht auf die EEO⁷ sind. Nicht ersichtlich ist hingegen, wo sich die Bebauungspläne aus der Tabelle 3 auf der S. 27 in dieses Gefüge einbinden. Der Übersicht und Visualisierung halber wäre dies jedoch zu empfehlen (s. auch obige Darlegungen zum Ziel Z 5.5 LEP HR).

Beim BP Dobbrikow Nr. 01 „Wohngebiet Fischerheide“ (bislang nur Aufstellungsbeschluss bekannt) sowie dem BP Liebätz Nr. 02 „Horstweg“ (bislang nicht bekannt) ist bisher nicht feststellbar, ob bzw. inwieweit ggf. eine Anrechnung (auch teilweise) auf die EEO erfolgen muss, um den landesplanerischen Anforderungen zu genügen. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die

⁵ PlanZV - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

⁶ E/Z/B/K – Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Kommentar zum BauGB zu § 5, Rn. 12, Söfker, Lfg. 130, August 2018

⁷ EEO - Eigenentwicklungsoption

Durchführbarkeit von Planungsabsichten. Auf die Darlegungen in der Stellungnahme der GL vom 16.07.2024 wird hierzu hingewiesen.

Vorranggebiete/Freiraumverbund

Die nachrichtlichen Übernahmen wurden in ihrer Darstellungsabgrenzung verbessert und im Hinblick auf diesbezüglich noch nicht abgeschlossene Planungsverfahren um Quellenangaben und Verfahrensstände ergänzt. Dennoch bleiben Flächen des Freiraumverbundes in einigen Bereichen unübersichtlich. Kaum erkennbar sind diese in der Grünfläche unterhalb von Jänickendorf die von FFH⁸-Signaturen überlagert werden. Ggf. sollte von einer Darstellung des Freiraumverbundes gemäß Ziel Z 6. 2 LEP HR im FNP abgesehen und der diesbezüglichen Anregung der GL gefolgt werden.

Dass die Signaturen der Vorranggebiete LN teilweise Bauflächen (u. a. ein WA westlich der OL Felgentreu, SO'e Photovoltaik oberhalb von Frankenfelde und an der OL Ruhlsdorf) überlagern, lässt sich nicht nachvollziehen und wird in der Begründung auch nicht erklärt. Per se dürften sich Bauflächen und Vorranggebiete LN hinsichtlich der damit verbundenen Nutzungsabsichten ausschließen.

weitere Darstellungen

Östlich der Ortslage Gottow war im vorherigen Beteiligungsverfahren ein Bodendenkmal verzeichnet, welches über die Geltungsgrenze des Gemeindegebiets hinausragte. Da dieser Teil des Bodendenkmals zum Gemeindegebiet der Gemeinde Am Mellensee gehört, sollte die nachrichtliche Übernahme entsprechend angepasst werden. Nunmehr wurde dieses gänzlich entfernt.

Beim Abgleich mit der vorherigen Planfassung wurde festgestellt, dass sämtliche ND-Signaturen in der Planzeichnung fehlen und in der Legende auch nicht mehr erklärt sind.

Die Planzeichnung enthält bei einigen SO-Flächen Darstellungen, die überflüssig sind und nicht dem Verständnis des Planes dienen (z. B. in der SO-Fläche „Biogas“ u. der SO-Fläche „LW“ in Felgentreu sowie in der SO-Fläche „LW“ nordwestlich von Frankenförde). Landwirtschaftliche Gebäude oder Fermenter einer Biogasanlage innerhalb einer SO-Fläche sind nicht darstellungsrelevant. Ähnliches zeigt sich auch in einigen gewerblichen Bauflächen. Verzichtet werden sollte auf derartige „Darstellungen“, wenn sie die eigentlichen Flächendarstellungen dominieren, so z. B. im SO „LW“ in Frankenförde.

Altlasten und Altlastenverdachtsflächen sowie Ablagerungen sind keine nachrichtlichen Übernahmen, sondern Kennzeichnungen (§ 5 Abs. Abs. 3 Nr. 3 BauGB).

Hinweise

Folgende Rechtsgrundlagen wurden zwischenzeitlich aktualisiert:

- BbgNatSchAG - Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.11)
- BbgWG - Brandenburgisches Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 20]), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.14)
- BBodSchV - Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716), Ersetzt V 2129-32-1 v. 12.7.1999 I 1554 (BBodSchV)
- FStrG - Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist

⁸ FFH – Fauna, Flora, Habitat

- BImSchG - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist
- BNatSchG - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist
- RegBkPIG - Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 13]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 20])
- BbgDSchG - Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz) vom 24. Mai 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 09], S.215) zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.9)
- UVPG - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist"
- ROG - Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist
- LWaldG - Waldgesetz des Landes Brandenburg vom 20. April 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 06], S.137) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S.16, ber. [Nr. 40])
- WHG - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts¹(Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist

Sonstiges

Die im Ergebnis der bauplanungsrechtlichen Prüfung des SG Kreisentwicklung erfolgten Darlegungen sind beispielhaft und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Weitere Hinweise des Landkreises:

Nachstehende Behörden und Fachämter der Kreisverwaltung wurden vom Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung an o. g. Planverfahren beteiligt:

- Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, hier: **SG Kreisentwicklung** und **SG Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität**
- Hauptamt, hier: **SG Infrastrukturmanagement**
- Ordnungsamt, hier: **SG Ordnung und Sicherheit**
- Straßenverkehrsamt, hier: **SG Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung**
- Amt für Bildung und Kultur, hier: **SG Schulverwaltung und Kultur**
- Jugendamt, hier: **SG Planung, Controlling, Finanzen (Jugendhilfeplanung)**
- Gesundheitsamt, hier: **SG Hygiene und Umweltmedizin**
- untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, hier: **SG Technische Bauaufsicht** und **SG Untere Denkmalschutzbehörde**
- untere Naturschutzbehörde (UNB) des Umweltamtes, hier: **SG Naturschutz**
- untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB) sowie untere Wasserbehörde (UWB) des Umweltamtes, hier: **SG Wasser, Boden, Abfall**
- Landwirtschaftsamt, hier: **SG Agrarstruktur**

Folgende Stellungnahmen der beteiligten Fachämter wurden vorab am 09.08.2024 digital in unterschriebener Fassung im Portable Document Format (PDF) per E-Mail an die Gemeinde Nuthe-Urstromtal übersandt:

- **SG Schulverwaltung und Kultur**

- **SG Ordnung und Sicherheit**
- **SG Naturschutz**
- **SG Infrastrukturmanagement**
- **SG Hygiene und Umweltmedizin**
- **SG Agrarstruktur**
- **SG Wasser, Boden, Abfall**
- **SG Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung**
- **SG Untere Denkmalschutzbehörde**
- **SG Wirtschaftsförderung, Tourismus, Mobilität** (nur per E-Mail).

Die unterschriebene Stellungnahme des **SG untere Denkmalschutzbehörde** liegt dieser Stellungnahme als Anlage bei.

Seitens des **SG Technische Bauaufsicht** und des **SG Planung, Controlling, Finanzen** lagen zum Zeitpunkt dieser Mitteilung (noch) keine Beurteilungen vor. Entsprechend noch eingehende Anregungen und Bedenken werden umgehend nach Vorlage nachgereicht.

Im Auftrag

Schönberger
SB Bauleitplanung

Anlage

Stellungnahme SG unt. Denkmalschutzbehörde